

Die Zeitschrift wird zweimonatlich... 7,20 Mark, vierteljährlich 22,20 Mark...

Zeitung

zünftundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite... 2,50 Mark, Anzeigen nehmen an...

Nr. 302.

Halle, Freitag den 1. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Sozialistische Einigung?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Ein mitteldeutscher Sozialistenkongress in Weihenstephan, auf dem die sozialistischen Parteien sowie Vertreter der Betriebsräte und der Gewerkschaftssekretäre aus dem Freistaat Sachsen, der Provinz Sachsen und Thüringen vertreten waren, hat an die Arbeiterklasse Mitteldeutschlands die Aufstellung gerichtet, eine Einheitsfront des gesamten Proletariats herzustellen...

von entscheidender Bedeutung werden. Aber auch die Deutsche demokratische Partei wird nicht warten dürfen, bis sie vor vollendeten Tatsachen steht.

Amerikas Frieden mit Deutschland.

Washington, 30. Juni. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat den Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, demzufolge der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich beendet wird, angenommen.

Die Kriegsprozesse in Leipzig.

Generalleutnant Stenger und Major Cruijus als Angeklagte. Zweiter Verhandlungstag. (Fortsetzung aus dem Morgenblatt.) In der weiteren Vernehmung vermag der Zeuge Josef Richter nicht zu sagen, ob die Gefangenen, die auf dem Felde lagen und dann erschossen worden sind, verwundet gewesen waren oder nicht.

und das Schlachtfeld mit den Wäldern abgedeckt. Es war nicht zu sehen. Die Schiffe konnten nur von den Deuten gekommen sein, die als verundet oder tot auf dem Boden lagen. Darauf hat Stenger eine Versicherung getan, daß solche Leute, die von hinten schloßen, erschossen werden müßten.

Er war für sich ruhig und besonnener Offizier. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Generalleutnants Stenger wird die Verhandlung nach 3 Uhr mittags auf Freitag Morgen 9 Uhr vertagt.

Oberschlesien.

Oppeln, 30. Juni. Der Führer des deutschen schlesischen Generele St. er, hat einen Vortrag erlassen, den er heißt: "Kampfrufen". Der Vortragsinhalt der Truppen zur Befreiung unserer Heimat hat angenommen.

Der Brand im nahen Ort.

Die ruhmredige Abgabe der Erbsen an langwöchentlich der Entente hat zunächst einen Erfolg an den die Erbsen wohl zulegt gedacht haben.

Der Schmied Gustav Großmann aus Halberstadt ist 90 Jahre alt. Er gehörte dem Regiment 142 an, das der Stenegerischen Brigade unterstand. Er ist gleich in den ersten 14 Tagen gefangen genommen und dann auf französischer Seite verhaftet worden.

gar zu wenig in die Hände zu lassen. Darum steht auch die Mittelung des Unterstaatssekretärs Harnsoworth im englischen Unterhaus hinab. Er hat von der Gefahr von Arbeitslosigkeit gesprochen, die in dem Falle, da die Schritte gegen die Verhältnisse der Engländer eine Verlangsamung vornehmen, die für alle Fälle ein wirksames Pfandrecht in Großbritannien Hand bedeutet.

### Die Verteuerung der Fernsprechgebühren.

Die neue Fernsprechgebührenordnung wurde gestern im Hauptsaal des Reichstages erörtert. Der Staatssekretär Bredow erklärte auf eine Anfrage des Berichterstatters, ob die vorgeschriebenen Gebühren für die nahe Zukunft ausreichen würden, daß sie nach einem fünfjährigen Durchschnitt berechnet seien. Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag, die Preisgebühren noch weiter zu verbilligen. Die Regierung widersprach, die Preisgebühren einzuführen, die der Reichstag erließ, als ein Beispiel in der Richtung nach § 53 des Reichsgesetzes über die Verteuerung der Fernspreche. Der große Einmündigkeitfall für die Reichstagskommission ist nicht zu revidieren. Der Demokrat Debus ist der Meinung, daß die Preise weitgehend entgegenkommen verdienen. Eine weitere Verbilligung ist aber nicht zu revidieren, wenn man die berechtigten äusseren wirtschaftlichen Interessen beiseite schiebt. Im Berichterstatter hätten sich die Vertreter der Presse mit der vorgeschriebenen Regelung einverstanden erklärt. Der Ausschuss lehnt die Regierungsvorlage ab. Er bestimmt, daß die künftigen Gebührensätze nicht nur Redat und Werbung bestimmen sollen, sondern daß der Reichstag mitwirken hat. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, die tausend Mark einmalige Abgabe wieder zurückzugeben, wurde gegen deren Stimme abgelehnt. Die Demokraten erklärten, sie seien Gegner dieser Abgabe seinerzeit gewesen. Nachdem sie aber einmal in Händen des Reiches sei, sei es aus äusseren und innenpolitischen Gründen unzumutbar, jetzt den Betrag zurückzugeben. Angenommen wurde zum Schluß eine Entschliessung, die die Befreiung der zu ermäßigten Sätzen eingerichteten öffentlichen Fernsprecheinrichtungen auf großen Verlangen. Das Wechs soll noch vor der Vertagung im Plenum verabschiedet werden.

### Die ehemaligen Kadettenanstalten.

Einer dem Reichstag zugegangenen Denkschrift des Reichsministeriums des Innern entnehmen wir über den Besuch der „staatlichen Bildungsanstalten“ (ehemaligen Kadettenanstalten) folgende interessante Zahlen. Die Schülerzahl betrug 1938, darunter 805 ehemalige Kadetten, 85 neuangeworbene Zöglinge, 68 Gasthörer. Was das Religionsbekenntnis betrifft, so war die überwiegende Anzahl evangelisch. Katholisch waren nur 114 Schüler, Dissidenten waren 4, israelitische Zöglinge waren nicht vorhanden. Die geringe Zahl der katholischen Zöglinge erklärt sich daraus, daß die im Westen gelegenen Anstalten, sowie wie die Herkunft der Zöglinge prüft, die neu aufgenommen worden sind. Gegenüber dem in den Kadettenanstalten herrschenden System, die Aufnahme auf einen gewissen jenseitigen höheren Gesellschaftsstand zu beschränken, sind jetzt auch Söhne von Handwerklern, unteren Beamten, Arbeitern, Selbständigen aufgenommen worden. Unter den 805 Kadetten befinden sich 118 R. Kadetten, 63 Söhne von Fischkäufern, Auswanderern und R. Kadetten, 4 Ausgewanderten und Verbindungen, die Kinder von Schmiedelehrlingen sind, die über einen Schicht kommen zum überwiegenen Teil aus Kreisen, die vom Reich schwerer heimgegriffen worden sind. Die neuen Aufnahmebedingungen betonen ausdrücklich, daß Söhne ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses der Eltern aufgenommen werden können. Als Hinzuverdienst für die Aufnahme werden nur völlig unzureichende wissenschaftliche Leistungen und gesundheitliche Bemerkungen angesehen. Die Höhe des Schulgeldes richtet sich nach dem Einkommen der Eltern.

### Die belgische Neutralität.

Gelegenheit einer Besprechung des Buches des ehemaligen deutschen Buchhändlers in Paris von Schön ist im Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ der Vorwurf erhoben worden, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuss sich nicht mit der Frage befähigt habe, welche Stellung die Zeitung zu der Wärfung der militärischen Stellen, die eigen zu qualifizieren, eingenommen hat. Wie aus den Akten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hervorgeht, trifft das nicht ganz zu. In dem dem veröffentlichten Bericht, das des ersten Antezedens der Sachverständigen Gen. Krieger als nachgeordnet der Mitteilung des deutschen Opera-Vergleiches beruht, daß diese Frage durch mündliche Bemerkungen klärt werden müsse. Es ist vollkommen begreifbar, daß die Aufklärung dieser Frage, wie mancher anderen Angelegenheit entgegensteht. Dabei werden die Ergebnisse erkannt, die sich den Arbeiten des Ausschusses entgegenstellen. Die Prüfung jeder sehr vertrauliche Bearbeiten voraus, woraus deswegen sehr viel Zeit erfordert, weil die verschiedenen Behörden und Stellen durchgehenden Bemerkungen von Kunstwissenschaften, insbesondere von der Vorbereitung, haben die genannten öffentlichen Verhandlungen über sich gesetzt.

### Deutsches Reich.

Aben gegen Erzberger eingeleitet. Der Reichstag: In der Strafsache gegen den früheren Minister Erzberger wegen Meineids, den dieser seiner Vernehmung im Reichstags-Prozess abgelehnt, ist am Mittwoch auf überreichenden die Verurteilung des Reichstags Dr. A. und Dr. Werthauer von der 10. Strafkammer gerichtet. In beiden Fällen, den Prozess infolge der Verurteilung auf Kosten der Staatskasse zu stellen. In dem Antrag des Staatsanwalts und teilweisig ist dargelegt, daß die Feststellungen im Prozess ergeben haben, daß die Verurteilung infolge der Verurteilung gegeben worden ist. Aus dem Staatssekretär Dr. Pfeiffer ist gegenwärtig eine Ermahnung als Zeuge angeführt. Warten gegen die Verurteilung der Staatskasse durch Erzberger auszuweisen zu können, glaubt andererseits der Staatsanwaltschaft für zumutlich erklären zu können.

Mit der Aufhebung der Eisenbahnerwerbungen Bayerns hinfällt die Landesbesetzung auf einsehen auf. Die Aufhebungs- und Abrechnungsarbeiten werden durch eine Hauptabrechnungsgesellschaft, die Beteiligung des vom Staat getriebenen Materialien zugunsten der Staatskassen durch eine Verwaltungsstelle durchgeführt.

Eine größere Anzahl von Amtsvorstehern und Amtsvorsteherstellvertretern des Kreises Belgard in Pommern hatte sich feierlich geweiht, den Eid auf die preussische Verfassung zu leisten. Einer amtlichen Mitteilung zufolge ist gegen die beiden Führer in dieser Eidesverweigerung angeklagt das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Beide sind von ihrem Amt als Amtsvorsteher enthoben worden, während der Regierungsräsident in Köslin die übrigen Eidesverweigerer in die höchst zulässige Gefängnis genommen hat.

Die Hebernahme der Ministerien durch das Reich wurde gestern im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erörtert. Der Demokrat Windand erklärte sich mit dem Staatsverträge einverstanden, wenn auch die Bestimmungen über die Bevölkerung wenig befriedigend. Eine größere Einseitigkeit müsse geschaffen werden, die Zulässigkeit von zwei Ministerien bringe Konflikte.

Nach immer der Kampf um die Angestelltenversicherungs-Gesetze. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages kamen die Sozialdemokraten, die erst immer erklärt hatten, das Gesetz verabschiedet werden, mit einer Menge von Erweiterungsanträgen bei der Frage der Erhöhung der Beiträge und Leistungen der Invalidenversicherung. Sie wollten das reine Umlageverfahren einführen. Der Demokrat Erlebach lehnte das ganz entschieden ab. Die Annahme des Antrages würde zur völligen Umlageverpflichtung führen. Dann bliebe nur das, was als Umlage vorhanden wäre. Die Beratungen, ob die Lohnentommen über 12000 Mark die Beiträge auf 12 Mark pro Woche festzusetzen seien, wurde vertagt, um den Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu geben.

Hamburger Delegiertentag des Reichesverbandes der deutschen Presse. Der Reichesverband der deutschen Presse, die Organisation der deutschen Redakteure und Berufs-journalisten hält seine diesjährige Tagung vom 2. bis 4. Juli in Hamburg ab. Eine große Anzahl bekannter deutscher Journalisten aller Parteilagerungen und aus allen deutschen Gauen wird zu den Verhandlungen in Hamburg einreisen. Der Senat, der Altonaer Magistrat, und der hamburgische Ausschuss zum Aufbau der Friedenswirtschaft werden die Teilnehmer des Delegiertentages an den Abenden der Veranlassung empfangen. Am Dienstag nachmittag ist ein geistliches Zusammenkommen in den hundertjährigen Journalisten und Schriftstellern im Uhlendorfer Fährhaus vorgesehen. Auch die Reichsminister Dr. Rosen und Dr. Rathenau haben ihre Anwesenheit bei einer der gesellschaftlichen Veranstaltungen der Tagung zugesagt.

### Auslands-Rundschau.

Zum Astenat auf den jersischen Bringenegen wird er-gänzend aus Belgard gemeldet, daß unter den Verurteilten auch der Schreiber der Zeitung „Licht“ sich befindet, der schwer verletzt wurde. Die Annahme, daß es sich nicht um die Tat eines Einzelnen handelte, bestätigt sich nicht. Im Laufe des Tages verhaftete die Polizei mehrere drei Personen als Mit-verurteilte des Verurteilten.

### Kunst und Wissenschaft.

Der neue Direktor der Königsberger Kunstakademie. Wie wir hören, ist die Ernennung des Direktors der Städtischen Kunstgewerbe- und Handwerkerschule zu Charlottenburg Prof. Wilhelm Thiele zum Direktor der Kunstakademie in Königsberg erfolgt, nachdem Prof. Thiele (Halle) den Ruf abgelehnt hat. Prof. Thiele, geb. 1858 in Halle, Schüler der Technischen Hochschule zu Kunstgewerbelehre in Dresden, wurde 1902 Regierungsbaumeister und 1907 Direktor der Kunstgewerbeschule in Bielefeld, wo er 1912 nach Charlottenburg als Nachfolger des Direktors Schmarholke überließerte.

Die Beratungen der Berufsgruppe „Technische Bühnenver-eine“ der Deutschen Bühnenvereine wurden am Donnerstag in Halle am Ende geführt. Betschenswert war die scharfe Kritik, die allgemein an dem Verhalten des deutschen Bühnenvereins, insbesondere an seiner Fraktion der Gemeinnützigen Theater geübt wurde, die auch in folgender einmütig angenommenen Entschliessung ihren Ausdruck fand. Die Ver-ordnung der in dem G. B. V. organisierten technischen Bühnenvereine Deutschlands hat mit größtem Befremden festgestellt, daß der mit dem deutschen Bühnenverein am 10. 2. 20 rechtsültig abgeschlossene Tarifvertrag an einer Anzahl von Privattheatern nicht eingehalten wird. Die Bestimmungen fordern, daß Tarif-ausschlag die sofortige rechtliche Erfüllung des Tarifvertrages be-Allen, auch der gemeinnützigen Theatern auf Grund der bei der Tagung in Halle festgelegten Vorschläge. Mit einer Vorführung der technischen Einrichtungen des Stadttheaters, wo niemand Sachliche die anwesenden Herren begrüßte, die ihm ihren Dank für die rechtliche Feststellung, Arbeit an Lage auszusprechen, sowie dem Besuch einer Ausstellung von Bühnenmodellen und beleuchtungs-technischen Reuehlen im Materialsal des Stadttheaters, schloß die von Herrn Bild. Maschinenmeister Hauschild auf vorbereitete Tagung.

### Hochschulnachrichten.

Der ord. Professor Dr. Richard Grammel, Leiter der technischen Mechanik und Wärmelehre an der Technischen Hochschule in Stuttgart, hat den Ruf an die Technische Hochschule in Hannover abgelehnt. — Der Lehrstuhl der Kirchengeschichte in der Weizsäcker evangelisch-theologischen Fakultät (amteile des Gch. Konstitutionsrechts) hat a. Professor an der Universität D. Dr. Walter K. B. angeboten worden. — Zum Rektor der Wiener Universität für das Studienjahr 1921/22 ist der Professor für Dermatologie und Ophthalmologie Hofrat Dr. med. Gideon Reich gewählt worden. Hofrat Reich, der aus Wien stammend, hat sich im März 1885 in Wien, wurde ebenfalls Privatdozent, leitete von 1888—90 die Redaktion der Wiener medizinischen Wochenschrift, kam Othen 1896 nach Leipzig, wo er die Errichtung und Leitung der neuen dermatologischen Klinik übernahm und lehrte 1902 als Nachfolger Kapows nach Wien zurück. — Zum Rektor der Technischen Hochschule in Gießen wurde ebenfalls gewählt, leitete von 1888—90 die Redaktion der Wiener medizinischen Wochenschrift, kam Othen 1896 nach Leipzig, wo er die Errichtung und Leitung der neuen dermatologischen Klinik übernahm und lehrte 1902 als Nachfolger Kapows nach Wien zurück. — Zum Rektor der Technischen Hochschule in Gießen wurde ebenfalls gewählt, leitete von 1888—90 die Redaktion der Wiener medizinischen Wochenschrift, kam Othen 1896 nach Leipzig, wo er die Errichtung und Leitung der neuen dermatologischen Klinik übernahm und lehrte 1902 als Nachfolger Kapows nach Wien zurück. — Zum Rektor der Technischen Hochschule in Gießen wurde ebenfalls gewählt, leitete von 1888—90 die Redaktion der Wiener medizinischen Wochenschrift, kam Othen 1896 nach Leipzig, wo er die Errichtung und Leitung der neuen dermatologischen Klinik übernahm und lehrte 1902 als Nachfolger Kapows nach Wien zurück.

### Provinzial-Nachrichten.

#### Schiedspruch über den Lohnabbau der Mansfeld'schen Gewerkschaft.

Stieschen, 30. Juni. Am Mittwoch hat der vom Reichs-arbeitsminister eingeleitete Schlichtungsausschuss zur Schlichtung des Lohnstreites zwischen der Arbeiterchaft und der Betriebs-leitung der Mansfeld'schen Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft unter dem Vorsitz des Ministers a. D. Severing in Halle getagt und folgenden Spruch gefällt:

1. Die Schlichtungsstelle ist in der bisherigen Höhe bestehen. In Berücksichtigung einer Herabminderung der Ar-beitstellung, die nach dem Gutachten der Sachverständigen 7 Prozent beträgt, ist die Gewerkschaft berechtigt, die von den Gebirgs-Arbeitern verdienten Löhne soweit herabzusetzen, daß bei einer um 7 Prozent gegenüber April 1921 getriggerten Leistung die gleichen Löhne verdient werden, wie im April 1921.

2. In den Stüttenbetrieben wird die Weiterführung des Betriebes an Sonn- und Feiertagen im Rahmen der hierfür uner-lässlichen Arbeiten und der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeit und Ruhezeit zur Pflicht gemacht. Der Umfang der notwendigen Sonn- und Feiertagsarbeiten ist im Einzelnen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat zu vereinbaren. Die in diesem Rahmen auszuführenden Sonn- und Feiertagsarbeiten haben als Bedienung laufender Anlagen zu gelten und werden mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt.

3. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe der Mansfeld'schen Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft wird der Reichs-Arbeitsgemeinschaft „Berghau“ empfohlen, baldmöglichst in Erwägungen darüber einzutreten, in welcher Weise eine Ver-längerung der jetzt unter Tage durchgeführte 4 1/2 bis 5 1/2 Stunden betragenden produktiven Arbeits-zeit erreicht werden kann.

In der mündlichen Begründung des Schlichtespruches wurde die Notlage der Gewerkschaft anerkannt und als ein-stimmige Auffassung des Ausschusses hervorgehoben, daß eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters neben der in dem Schlichtespruch erwähnten Leistungssteigerung der Gebirgs-Arbeiter notwendig wäre, um das gesamte Unter-nehmen lebensfähig zu erhalten. Nur durch eine solche Erhöhung der Arbeitsleistung könnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen der von der Gewerkschaft in Aussicht genommene Lohnabbau ver-mieden werden. Sollte daher diese Erhöhung der Arbeitsleistung nicht schon in aller nächster Zeit in Erscheinung treten, so stünde der Gewerkschaft bei der heutigen Geschäftslage nichts anderes übrig, als durch von ihr beabsichtigten Lohnabbau in vollem Um-fange durchzuführen oder die mit Verlust arbeitenden Betriebe zu schließen.

Die beiden Parteien wurden aufgefordert, bis zum 12. Juli dem Reichs-Arbeitsminister zu erklären, ob sie sich dem Schlichtes-pruch unterwerfen wollen oder nicht.

\* Köthen, 30. Juni. (Kampf mit einer Bande von Feldbienen.) In der Feldmark des benachbarten Dorfes Groß-Badegast traf die Selbstschuttpatrouille eine Bande von Feldbienen an, die mit dem Ausbreiten der am Tage vorher gemachten Wintergerste beschäftigt war. Die überraschten Bienen eröffneten sofort das Feuer, das von den Führern erwidert wurde. Einer der Spitzbuben wurde schwer verletzt, von seinen Genossen aber mitgeschleppt, die in der Richtung nach Kiepsig hin verschwanden. In Kiepsig wurde nun in der gleichen Nacht das Gemeinderatsmitglied Arbeiter Heimlich schwer verletzt; angeblich durch einen in seinem Garten angebrachten Selbstschuttparapparat soll er einen Rumpfschuss erhalten haben. Die Behörde ist mit Nach-forschungen beschäftigt.

o Wiesbaden, 30. Juni. (Polizei verzezt Zuzamenschuß.) In der Nähe von Mühlendamm bei Wiesbaden lag in der Dunkelheit ein unbedeutendes Automobil mit großer Gewalt von hinten in den Wagen des Metallmerktlers Heinrich Müller aus Mühlendamm hinein, der mit Metallmerktler Siegling Vieh nach Mühlendamm bringen wollte. Müller und Sieg-ling wurden aus dem Wagen geschleudert, Müller blieb sofort tot, während Siegling mit leichten Verletzungen davon kam. Das Auto fuhr unerkannt davon.

x Calden, 30. Juni. (Bürgermeister Graupner) wurde auf 12 Jahre zum Bürgermeister wiedergewählt. **Frankenhausen a. Kyffh., 29. Juni.** (Im Zeichen der Wohnungsnot) ist es nun soweit gekommen, daß sich Leute (sogar im Falle schwerer Erkrankung von Wohnungs-inhabern nach der ent. freierwerbende Wohnung umsehen. Diplom-Ingenieur Kroner macht folgendes bekannt: „Allen lieben Frankenhäuser Klassenossen und Gewerkschaftsmitgliedern hierdurch sehr gefl. Benachrichtigung, daß ich beabsichtige immer noch nicht ganz zu hin. Meine Wohnung ist vor meinem definitiven Ableben, das ich rechtzeitig bekannt geben werde, nicht zu vermissen.“ — Das ist nichts neues. Auch anderswo ist es vorgekommen, daß Hausbesitzer, deren allein-stehende Mieter erkrankt waren, nach der Begebenheit der letzteren um die ent. freierwerbende Wohnung förmlich bestürmt wurden.

# Gotha, 29. Juni. (Zu dem folgenschweren Vorfall), der sich kürzlich in der Schule zu Vertheben ereignete, wird weiter gemeldet: Die behördliche Unter-suchung hat ergeben, daß die vom Lehrer Straube geistig ange-führte Frau nicht direkt an den Folgen der erhaltenen Dreizehn ge-litten ist, sondern nach zwei Tagen an Wutergiftung, die durch eine ihr vom Lehrer beigegebene Veranordnung ent-stand ist. Es wurde ferner festgestellt, daß die Lehrerin in der Tat beunruhigt hat. Die beiden Weiber haben ihn ange-griffen und mit Knütteln und Gegenständen am Kopf und Hals verunehrt. Er hat sich jetzt in Sicherheit bringen müssen, da gewisse Elternkreise sehr gegen ihn aufgebracht sind. Sein Aufenthalt ist unbekannt.

(.) Gießen, 29. Juni. (Die hiesigen Rechts-anwälte) protestieren beim Gemeinderat dagegen, daß sie zur Gewerbesteuer herangezogen werden; sie leisten keine Gewerbesteuer. Das Gesetz entbehre, soweit das Rechtsanwaltsstand in Frage komme, der rechtlichen Ge-bühr, und sie daselbst für Rechtsanwalts anzuführen. Gemeinderat lehnte aber das Gesuch einmütig ab, nach der Bürgermeister Dr. Schäling darlegte hatte, der Rechtsanwalts-Gewerbesteuer im Sinne der Ver-ordnung zuzurechnen. Das letzte Wort hat nunmehr die Mei-ner-Gewerbesteuer.

Unterhaltungsbeilage der Saale-3  
Sonntag, 2. Juli. Inhalt: Die Herberge  
Der Stein der Weisen. Eilige  
Gottlieb. — Die Durschlag. —  
Von Dr. Franz Bleck. — Kunst-Beilage.



